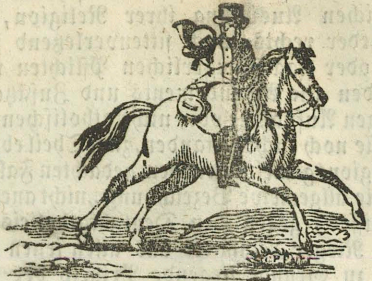


Der Abonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2. 30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Canton Schaffhausen fl. 2. 45 fr. — 3) in Württemberg fl. 2. 38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstlich Thurn und Taxis'schen Verwaltungsbezirks fl. 2. 30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und derselbe in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23. — Die Inseratgebühren betragen für die Zeile (1/4 Brette) mit Pettischrift oder deren Raum 8 fr.



Inserate für die Oberpostamts-Zeitung beliebe man an die Redaktion dieser Zeitung zu adressiren. Für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder nimmt Inserate an: G. A. Alexandre in Straßburg, Brandgasse Nr. 28. und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23.; in Deutschland: 1) Dr. Sammerich in Wien, Landstraße Nr. 336; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a.; 3) Hofcommissar G. Florey in Leipzig; 4) Oberpostsecretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsecretär Du Roy in Bremen.

Frankfurter Oberpostamts-Zeitung.

Inhalt.

Welches sind die Folgen der Politik von Olmütz? Deutschland. Frankfurt (Empfang des Gesandten der deutschen Centralgewalt in Washington. Dessen Rede und Antwort des Präsidenten der Union. Die hannoversche Note). Kremier (Reichstagsführung; die Glaubensfreiheit sanctionirt). Prag (Die Wahlen nach Frankfurt. Reorganisation Ungarns. Univerfität). Berlin (Deputirtenversammlungen Oesterreich und Preußens Staatsvertrag mit den anhaltinischen Fürstenthümern Ernennungen). Posen (Kriegerische Ausichten. Die Russen im Königreich Polen). Koblenz (Truppenübungen). Bonn (Nachwahlen). München (Arbeiterbanket. Patrouillen). Dresden (Officielles betreffs des Cabinetwechsels). Hannover (Aus der zweiten Kammer. Stimmung des Landes. Schreiben an den Abg. Lang). Hameln (Für die deutsche Sache). Stuttgart (Aus der zweiten Kammer). Darmstadt (Die erste Kammer über das Wahlgesetz). Schleswig-Holstein (Dänische Vertragswidrigkeiten. Demoralisation auf Allen). Frankreich. Paris (Schilderung der Gedächtnißfeier des 24. Febr.). Großbritannien. London (Erklärung Oesterreichs in Betreff des Brüsseler Congresses). Nachschrift. Börsenberichte.

Welches sind die Folgen der Politik von Olmütz?

Es soll, wie uns ein Augenzeuge berichtet, ein Moment größter Spannung gewesen sein, als in der Zusammenkunft der Bevollmächtigten in dem Berathungszaale des Reichsministeriums, am 24. Februar, der Ministerpräsident v. Gagern seine Frage an den Vertreter von Oesterreich richtete. Jetzt endlich hoffte man, die Antwort zu vernehmen auf die Frage, die seit Wochen jeder sich selbst und seinen politischen Freunden gestellt, „wird Oesterreich beitreten oder nicht? Die Nothwendigkeit, mit Oesterreich zu unterhandeln, hatte schon Hr. v. Schmerling im November erkannt. Gagern mußte in's Ministerium treten, um dazu die Ermächtigung zu erhalten; an diese Ermächtigung setzte er die Existenz seines Ministeriums. Nach schwerem Kampfe erhielt er sie, und sofort ging seine anfragende Depesche nach Olmütz. Doch auf sie, wie auf eine Reihe untergeordneter Zuschriften der verschiedenen Ministerien war keine Antwort erfolgt. Olmütz beobachtete ein tiefes, ja beleidigendes Stillschweigen. Im Kaiserstaate selbst die größte Thätigkeit. Ein Verhältnis zu Rußland, ein Bündniß mit diesem unverbundenen Staate wird festgesetzt, — über das Verhältnis zu Deutschland verlautet kein Wort! Da erscheint endlich der Tag, wo die officiellen Vertreter der deutschen Staaten erklären sollen, was das neue Deutschland von diesen zu erwarten habe. Dem schon ein volles Jahr tiefer Erschütterung ist verflossen und die Wiedergeburt noch nicht vollendet. Aber die Hoffnungen haben nicht getäuscht. Gagern läßt die Erklärungen von acht- undzwanzig Staaten, dann von Sachsen verlesen; Bayern, Württemberg und Hannover erbitten sich nur noch wenige Tage Frist. Wahrscheinlich während diese Zeiten gelesen werden, sind ihre Erklärungen schon in den Händen des Reichsministeriums; und nun die Anfrage an Oesterreich! Endlich Aug' in Auge sollen wir erfahren, welcher Entschluß denn in Olmütz gereift ist. Athemlose Stille herrschte, und Aller Blicke richteten sich auf Herrn v. Schmerling. Dieser legte die Zeitung weg, in welcher er die ganze Zeit über gelesen hatte, und sagte in seinem gewohnten leichten Tone: „Ich habe gar keine Erklärung zu geben.“ Hört! Oesterreich hat am 24. Februar gar keine Erklärung zu geben! Veredtes Schweigen; wenigstens bedauern wir den, dem hiermit seine Antwort geworden. Um auch jetzt noch nicht mißverstanden zu werden, trug Hr. v. Schmerling nachher auf Verzögerung der zweiten Lesung an, wohl nicht bedenkend, daß er am 5. Januar dem Reichsministerium feierlich versprochen, Oesterreich werde nichts thun, was indes das deutsche Verfassungswerk stören könnte, im Gegentheil auf alle Weise nur fördern. Hatte Oesterreich mit den königlichen Höfen über die deutsche Verfassung zu unterhandeln, konnte es dort Vorschläge machen, warum war es doch so ganz ohne Vorschlag vor dem Reichsministerium? Wer möchte jetzt dem Vaterlande gegenüber solche Rolle spielen? Wer möchte, wer könnte aber auch glauben, daß noch in unseren Tagen ein solches Spiel zum Vortheil des Spielenden ausschlägt? Wenn auch Preußen die merkwürdigen Vorschläge Oesterreichs vom 17. Januar jetzt noch nicht will bekannt werden lassen; wenn es auch nicht wahr wäre, was indes aus wohlunterrichteter Quelle kommt, daß Oesterreich selbst Frankreich aufgefodert, die Verträge von 1815 in Bezug auf das deutsche Verfassungswerk für bindend zu betrachten; wenn wir nichts anderes vor uns hätten als die Olmützer Politik gegenüber Deutschlands, und die Taktik der österreichischen Abgeordneten in der deutschen Nationalversammlung, so fragen wir, wozu dies anders führen kann, als zum völligen Erdöden aller Sympathien? Die Sympathien zu der österreichischen Regierung

preisgeben, das könnte noch gering angeschlagen werden, aber die Sympathien zum österreichischen Volke verschmerzen, das ist der größte Fehler, den österreichische Staatsmänner in unserer Zeit begehen können. Diesen Fehler laden die österreichischen Abgeordneten auf ihr Gewissen. Schlimm genug, wenn die österreichische Regierung zu einem absolutistischen Regimente zurückkehrt, wenn die Metternich'sche Politik wieder in Blüthe steht, die ihre Herrschaft auf den Haß und Kampf der Racen baut; wenn die im März und Mai blutig errungene Freiheit in den Freundschaften Rußlands erstickt; daß aber die Vertreter des Volkes, welches so aufs neue der alten Knechtschaft wieder verfallen soll, ja verfallen ist, selbst, bewußt oder unbewußt, sich zu solcher Politik gebrauchen lassen, daß die österreichischen Mitglieder der Nationalversammlung wie eine von Olmütz aus regierte Armee erscheinen, statt uns zur Seite zu stehen gegenüber einem Feinde, der ihnen nicht minder droht als uns: das ist's, was jedes deutsche Gemüth tief schmerzt, und Volk scheidet von Volk. Unsere deutschen Radicals sind leider beschränkt genug, um stets den Feinden der Freiheit in die Hände zu arbeiten. Darum kann es uns auch nicht wundern, wenn die Linke in der Paulskirche noch immer nicht herübersteht zu denen, die da einsehen, die Freiheit ist nur dadurch zu retten, daß wir ihr ein Vaterland geben, ein Vaterland, verschieden von dem, wo man die Grundrechte des deutschen Volks als verbotene Schriften confiscirt. Daß aber die österreichische Partei, ja das österreichische Cabinet selbst die Folgen seiner Politik für Oesterreich nicht voraussieht, das ist, was wir nicht zu begreifen vermögen. Die Zeiten alter Staatskunst sind vorbei. Es gelingt nicht, den deutschen Bundesstaat zu hindern, und der ganze Erfolg des unbegreiflichen Strebens kann nur der sein, daß die Verfassung dieses Bundesstaats durch die österreichische Taktik in der Paulskirche noch demokratischer und also für das Nachbar-system nur um so gefährlicher wird. Nicht immer ist Redlichkeit das Merkmal des Staatsmanns, und staatsmännisch wäre allein jetzt die Politik, welche zurückginge zu den weisen Grundsätzen des 27. Nov. und 26. Dec. Da waren Deutschland und Oesterreich noch auf gleich guten Wegen und auf beiden Seiten der Vorsatz, die engsten Freundschaftsbände zu knüpfen. Wer hat es zu verantworten, wenn dieser Vorsatz nicht mehr in seiner früheren Stärke besteht? Wenn es war ist, wessen sich Herr v. Schmerling rühmt, daß er es war, der am 27. Dec. den Fürsten Schwarzenberg zu einer andern Politik vermochte, so wird die Geschichte einst wissen, wem sie die jetzigen Gefahren und den künftigen Zwiespalt zweier sonst befreundeten großen Nationen zuzuschreiben hat.

Deutschland.

*** Frankfurt, 25. Febr. Ueber den Empfang des Gesandten des Reichsverweisers bei den Vereinigten Staaten von Amerika enthält die zu Washington erscheinende „Union“ vom 31. Januar Folgendes: „Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister des deutschen Reiches, Herr von Rönne, hat Freitag den 26. d. M. sein Beglaubigungsschreiben dem Präsidenten der Vereinigten Staaten übergeben. Derselbe ist bei den Einwohnern von Washington und in den Vereinigten Staaten wohl bekannt, da er bereits im Jahr 1834 als Geschäftsträger von Preußen in dieser Stadt verweilte. Nunmehr erscheint er wieder in Washington als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister des deutschen Reiches. Als solcher wurde er von dem Staatssecretär bei dem Präsidenten zu feierlicher Audienz eingeführt und richtete folgende Worte an denselben: „Herr Präsident! Das Schreiben Sr. kaiserl. Hoh. des Reichsverweisers über Deutschland, welches ich die Ehre habe, Ihnen zu meiner Beglaubigung als außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des deutschen Reiches bei den Vereinigten Staaten zu überreichen, drückt so vollständig die freundschaftlichen Gefühle aus, welche Deutschland für dieses Land hegt, und welche meine Sendung hierher beschleunigt haben, daß ich nichts hinzuzufügen wüßte. Was mich aber betrifft, so versichere ich Sie, daß ich keine Anstrengung, das Band der Freundschaft zwischen den beiden Staaten fester zu schlingen, unterlassen werde. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß mein Streben dafür nicht umsonst sein wird. Denn ich komme nicht als ein Fremder, ich kehre nur zurück in einen Kreis alter erprobter Freunde. Volk und Regierung der Vereinigten Staaten haben mir bei meinem frühern langen Aufenthalte dahier, als Vertreter Sr. Majestät des Königs von Preußen, so manche Beweise von freundlicher Gefinnung gegeben, daß ich allen Grund habe, eine nicht weniger gütige Aufnahme in meinem Charakter als deutscher Gesandte zu erwarten. Ich bin stolz und glücklich, die erste Person zu sein, welche von der Cen-

tralregierung von Deutschland mit der ehrenvollen Sendung betraut wurde, den diplomatischen Verkehr mit diesem Lande zu eröffnen. Zwei große Nationen reichen sich nun einander in Brüderlichkeit die Hand. Deutschland war immer überzeugt, daß es sich bei seinem Fortschritte zur gesetzlichen Freiheit und Einigung die Theilnahme des aufgeklärten Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika gewinnen würde; eines Volkes, welches Millionen unter seinen Bürgern zählt, die durch die innigsten Bande des Bluts an Deutschland geknüpft sind — eines Volkes, welches nicht den geringsten Theil seines Wohlstandes und seiner Größe dem Bundesysteme verdankt, das Deutschland eben bei sich einzuführen bestrebt ist. Mein unablässiges Bemühen wird sein, diese freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen und zu kräftigen; dem gegenseitigen Handelsverkehre, worauf beide Staaten von der Natur hingewiesen sind, eine immer steigendere Ausdehnung zu geben. Ich schmeichle mir mit der Hoffnung, durch die herzliche Mitwirkung der Regierung der Vereinigten Staaten darin unterstützt zu werden.“ Der Präsident erwiderte: „Es gereicht mir zur aufrichtigen Freude, Sie als den ersten außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister des deutschen Reichs bei den Vereinigten Staaten anzuerkennen. Regierung und Volk der Vereinigten Staaten haben an den großen Ereignissen, deren Schauplatz Deutschland in den letzten Jahren gewesen, ein eben so tiefes, als warmes Interesse genommen, und während wir unserm Grundsatz, in den innern Angelegenheiten anderer Nationen uns jeder Einmischung zu enthalten, treu bleiben mußten, war doch unsere volle Theilnahme den Bemühungen Deutschlands, sich in einem Bundesstaate Freiheit und Einheit zu schaffen, zugewendet. Es war dies ein natürliches Gefühl bei einem Volke, das sich selbst der weitesten Freiheit in einem ähnlichen Bunde selbständiger Staaten erfreut, wie ihn die Deutschen gründen wollen, — bei einem Volke, dessen würdigste Bürger zu einem großen Theile deutscher Abkunft waren. Die Regierung der Vereinigten Staaten säumte daher, nach Einsetzung der provisorischen Centralgewalt, keinen Augenblick, einen Gesandten nach Frankfurt zu senden. Die herzliche Weise, womit derselbe aufgenommen wurde, gibt mir eine sichere Bürgschaft für die freundschaftlichen und wohlwollenden Gesinnungen jener Regierung. Wir werden letztere unsererseits, das versichere ich Sie, herzlich erwidern. Es ist unser aufrichtiger Wunsch, die guten Beziehungen, die in so erfreulicher Weise zwischen beiden Staaten bestehen, immer enger zu schließen und den Handelsverkehr zu beiderseitigem Vortheil auf jede Weise zu befördern.“

Frankfurt, 26. Febr. Die „Hannoversche Zeitung“ veröffentlicht die hannoversche Note mit nachstehenden einleitenden Worten: Bekanntlich hat die kais. österreichische Regierung ihre Depesche an Herrn v. Schmerling vom 4. Februar, welche die dortigen Ansichten über die Verfassungsangelegenheit entwickelt, den größeren deutschen Regierungen mittheilen lassen, um deren Ansichten darüber in Erfahrung zu bringen. Wir finden uns in den Stand gesetzt, die Erklärung, welche dem kaiserlich österreichischen Gesandten, Freiherrn v. Brenner, von Seiten Hannover zu Theil geworden, nachstehend unseren Lesern mitzutheilen. Sicherem Vernehmen nach hat Preußen diese Erklärung durchaus beifällig aufgenommen. Die Note selbst lautet:

Hannover, den 13. Februar 1849. Se. Majestät der König von Hannover und allerhöchst dero Regierung haben in der durch den k. k. österreichischen außerordentlichen Abgesandten, Herrn Freiherrn von Brenner, erfolgten Mittheilung der in Betreff der deutschen Verfassungsangelegenheit an den k. k. Bevollmächtigten, Freiherrn v. Schmerling, gerichteten Depesche des Herrn Fürsten von Schwarzenberg, d. d. Wien, den 4. Februar 1849 mit dem aufrichtigsten Danke, einen neuen schätzenswerthen Beweis des von dem k. k. Hofe der königl. Regierung geschenkten Vertrauens entgegengenommen. Mit lebhafter Befriedigung haben des Königs Majestät in diesem wichtigen Actenstücke das tiefgeföhlte Bedürfniß der Wiedergeburt Deutschlands und die Ansicht ausgesprochen gefunden, daß Deutschland nach Außen fest und mächtig, im Innern stark und frei, organisch gegliedert und doch in sich einig sein müsse. In dieser der Zukunft des Vaterlandes gewidmeten Wünsche erkennt Hannover die seinigen wieder und theilt die Ueberzeugung des k. k. Hofes, daß ein wirklich einig Deutschland nur geschaffen werden könne, wenn Deutschlands Großmächte — Oesterreich und Preußen — bei dem Baue des neuen Verfassungswerkes Hand in Hand gehen. Gleichwie Hannover den Fortbestand Oesterreichs in staatlicher Einheit als ein deutsches, als ein europäisches Bedürfniß, und gleichwie Hannover es als eine Nothwendigkeit betrachtet, daß Oesterreichs Bestand und seine dargebotene Mitwirkung den Angelegenheiten des gemeinsamen Vaterlandes erhalten bleiben, daß sie in einer thätigen Theilnahme an ihrer Leitung sich bewahrheiten: eben so hat Hannover freudig die Hingebung willkommen gesehen, mit welcher jüngst von Preußen die Bereitwilligkeit erklärt ist, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesamtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte. Ein einhelliges ungeschmäleretes Zusammenwirken beider großen Höfe für die Lösung der großen Fragen des Augenblicks ist das, was Hannover zum Wohle von Deutschland aufrichtig wünscht und als Deutschlands unverjährbares Recht betrachtet. Die königliche Regierung glaubt in der That glücklich genug zu sein,

in dieser Auffassung der Verhältnisse mit den Ansichten beider Höfe im Einklange zu stehen. Unter ausdrücklicher Anerkennung des hohen Berufs von Oesterreich, als mächtigsten Bundesgliedes, begehrt Preußen für sich keinen andern Antheil an der obersten Leitung der Bundesgewalt als denjenigen, welchen seine Stellung in Deutschland und die Bedeutung der geistigen und materiellen Kräfte, die es dem gemeinsamen Vaterlande zur Verfügung stellen kann, der Natur der Dinge nach ihm anweisen. Auch Preußen ist nicht der Ansicht, daß die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden deutschen Einigung unthunlich sei. Hannover theilt die Befürchtung Preußens, daß das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form des An und für sich notwendigen Einigungspunktes der wirklichen Erreichung des Ziels der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde. Die hannoversche Regierung findet jedoch zu ihrer Beruhigung diese Gefahr sowohl durch die eigene Willensmeinung Preußens in Betreff der Annahme einer ihm anzubietenden veränderten Stellung, als auch durch die in der Depesche vom 4. d. M. ausgesprochene Erklärung beseitigt, mittelst welcher Sr. Maj. der Kaiser von Oesterreich und allerhöchst dessen Regierung gegen eine Unterordnung unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt Verwahrung eingelegt haben. Nach der durch diese Erklärungen der deutschen Großmächte gegebenen Sachlage kann das übereinstimmende Verhalten Hannovers einem Zweifel nicht unterliegen. Ein innig deutsches Zusammenwirken der beiden großen Höfe zählt die königliche Regierung namentlich zu den Bedingungen, welche erfüllt werden müssen, wenn die übereinstimmende für notwendig erkannte Verständigung über die Verfassungsfrage gelingen soll. Als Aufgabe dieser Verständigung betrachtet Hannover die Bildung einer kräftigen Centralgewalt für Deutschland neben der Erhaltung der den einzelnen deutschen Staaten zur Pflege ihrer mannigfaltigen Bedürfnisse und Interessen unentbehrlichen Selbstständigkeit in dem ihnen zu belassenden Kreise der Wirksamkeit ihrer Regierungen. Um beide Aufgaben neben einander lösen zu können, wird als Hauptforderung eine genaue Regelung des Umfangs der Centralgewalt nach bestimmten Gegenständen ihrer Thätigkeit angesehen. Es gereicht der königlichen Regierung zur besonderen Genugthuung, in der Depesche vom 4. d. M. die mit der übrigen genau harmonisirende Ansicht anzutreffen, daß je schärfer die Schiedslinie gezogen wird zwischen den dem gesammten Deutschland gemeinsamen Interessen und denen der einzelnen Theile, um desto sicherer einem Vorwalten der Sonderinteressen wird vorgebeugt werden. Wie aber auch die Verfassung Deutschlands, berathen von den hierzu gesetzlich berufenen Vertretern des Volks, sich gestalten möge auf der Grundlage der zu Frankfurt gefassten Beschlüsse: — sie wird, nach der von der königlichen Regierung unabänderlich festgehaltenen und zu diesseitiger Befriedigung mit der des k. k. Hofes übereinstimmenden Ansicht rechtsgültig und beibringend nur vollendet werden können, wenn sie ihre Begründung findet im Wege einer freien Vereinbarung mit der zu Frankfurt a. M. tagenden Nationalversammlung, im Sinne der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848, auf deren Grund die deutsche Nationalversammlung zusammengetreten ist, um das deutsche Verfassungswerk zwischen dem deutschen Volke und den deutschen Regierungen zu Stande zu bringen. Die gegenwärtige Mittheilung wird dem königlichen hannoverschen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt für die über die Verfassungsangelegenheit von ihm abgegebene Erklärung als Richtschnur dienen. In dem der Unterzeichnete Sr. Hochnobelpersonen des Herrn Freiherrn v. Brenner ersucht, selbige zu der Kenntnis seines allerhöchsten Hofes zu bringen, ergreift er mit wahren Vergnügen u. Hannover, den 13. Febr. 1849. (gez.) Graf v. Bennigsen.

* **Wien**, 22. Febr. Die heutige „Wiener Zeitung“ bringt die officielle Nachricht, daß das Ministerium gesonnen sei, behufs der Umgestaltung Ungarns sich mit Vertrauensmännern der verschiedenen Nationalitäten Ungarns zu umgeben (siehe auch unter Prag), um ihren Rath, ihre Mitwirkung und ihre Auskünfte in Anspruch zu nehmen. Die erforderlichen Einleitungen hiezu, welche den Ministerrath seit einigen Tagen in Wien zurückgehalten haben, sind bereits getroffen. — Man erinnert sich an das Attentat, welches eine Anzahl von Chevauxlegers gegen den Redacteur Gressnigg in Graz verübt hat, und die Wärme und den Eifer, womit gewisse Journale dieses Attentat entschuldigend. In Pest ist nun unter sämtlichen Truppenkörpern eine Subscription zu Gunsten dieser angeblich in Graz zur Untersuchung gezogenen Soldaten eingeleitet worden. — Wieder kam ein Schuß auf einen Soldaten und eine Hinrichtung wegen Waffenverheimlichung vor.

* **Kremsier**, 21. Febr. Es wird an einer Organisation der Clubs in der Art gearbeitet, daß dieselben durch Ausschüsse und Abgesandte über wichtige Fragen leichter zur Verständigung gelangen können. Unter diesen Umständen erlangt das Ministerium täglich einen härteren Stand, während der Reichstag sich rehabilitirt; will die Gegenpartei sich nicht völlig discreditiren, so muß sie von den bisher vorwaltenden particularistischen Ansichten abgehen. Die heutige Sitzung begann mit der vom Abg. Wieser eingebrachten Gegenerklärung über den Protest in der kaiserlichen Angelegenheit, der sich die Majorität angeschlossen hatte, worauf mehrere Interpellationen gestellt wurden: des Abg. Potivich wegen unrechtmäßiger Erhebung geistlicher Zehnten in Galizien von Seiten mehrerer Pfarrer; des Abg. Zimmer wegen des unklaren Textes der Note vom 4. Febr. nach Frankfurt, hervorhebend die Tendenz des Ministeriums, einen Bundesstag herzustellen, und die Gefahr, die eben bezeugten süddeutschen Sympathien wieder einzubüßen. Er verlangt eine offene unumwundene Erklärung: „Wie das Ministerium sich das deutsche Verfassungswerk denke.“ Abg. Schussekka interpellirt über ein vom Ministerium ausgegangenes geheimes Kreis Schreiben, worin aufgeföhrt wird, der in mehreren Provinzen versuchten Verbreitung der gedruckten Grundrechte des deutschen Volks, als im jetzigen Augenblick aufregend, entgegenzuwirken. Er stellt diesem Interdict zur Beleuchtung: wie jene deutschen Grundrechte von einem österreichischen Prinzen als Reichsverweser sanctionirt worden seien, nachdem Oesterreich seine Abgeordneten zu deren Debatte ausgeschied habe, und noch fortan Wahlen nach Frankfurt ausschreibe. Er fragt, ob der Hanns Jöngel auf dem österreichischen Jnder verbleiben sollte, die deutschen Grundrechte aber daraus gestrichen werden sollten, „als eine verbotene Druckschrift.“ Der Interpellant weist weiter darauf hin, daß es den Deutsch-Oesterreichern unverwehrt sei, die französische Constitution, obgleich sie eine republikanische sei, im Buchladen zu kaufen, nicht aber die deutsche! Die Interpellation geht auf die Fragen los: Ob das Ministerium wirklich jene Weisung erlassen habe, und ob es in dem Falle sie als eine Verletzung der Pressfreiheit und als eine Verhöhnung Deutschlands und Oesterreichs nicht zurückzunehmen gedente? Rauschender Beifall begleitete diese Interpellation. Hierauf schritt man zur Tagesordnung. § 13 der Grundrechte wurde in folgender amendirter Form mit sehr großer Mehrheit angenommen.

„Den österreichischen Staatsbürgern ist die Freiheit des Glaubens gewährleistet. Sie sind unbeschränkt in der äußeren öffentlichen Ausübung ihrer Religion, soweit diese Ausübung weder rechts- noch sittenverlegend ist, noch den bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Pflichten widerspricht.“ Hiermit wurden alle Amendements und Zusätze beseitigt, die zum Theil gegen Aufnahme von nichtkatholischen Religionsgemeinden, wo sie noch nicht bestanden, zum Theil ebenso gegen die jüdischen Religionsgemeinden in dem gedachten Fall, insbesondere aber (durch die allgemeine Bezeichnung „nicht anerkannter Religionsbekenntnisse“) gegen den Deutschkatholicismus gerichtet waren. Abg. Nieger resumirte das allen jenen Amendements und Zusätzen zu Grunde liegende Princip der Intoleranz im Geiste der spätern, nicht der ursprünglichen katholischen Kirche, und hielt der Gewissensfreiheit eine glänzende Standrede. Insbesondere wurde er warm und geistvoll, als er von den Leiden sprach, welche die Intoleranz der katholischen Kirche über sein eignes Vaterland Böhmen gebracht habe. Die deutsch-katholischen Redner (Klebersberg, Strasser), welche vorzüglich darauf antrugen, den patriarchalischen Gefühlen ihrer Provinz Rechnung zu tragen, fanden es dennoch für angemessen, sich gegen Ultramonianismus zu verwahren; sie gaben zu, daß man dem Dogma des Judenthums keine staatsgefährliche Tendenzen imputiren könne, und sprachen von der Austreibung der Zillertaler als einem beklagenswerthen Ereignis, das nur unter der vorigen Regierung hätte stattfinden können. Das Gesamtergebnis der heutigen Sitzung aber ergibt eine überwiegende Freisinnigkeit in der religiösen Anschauungsweise der österreichischen Reichsversammlung. (D. N. 3.)

□ **Prag**, 23. Febr. Vom Minister des Innern hat der hiesige Gubernialvicepräsident den Auftrag erhalten, er solle trachten, daß in solchen Wahlkreisen, wo es ohne Gefahr für die öffentliche Ruhe, und ohne große Aufregung thunlich sei, die Wahlen in das Frankfurter Parlament vorgenommen werden. Dieser Schritt des Ministeriums hat unter der hiesigen Bevölkerung große Aufregung verursacht, und man rüht sich schon zum Widerstande gegen die Wahlen. In der gestrigen Sitzung beschloß die Slowanska lipa: 1) an alle Filialvereine die Aufforderung ergehen zu lassen, daß sie sich der Vornahme der Wahlen in ihren Bezirken widersetzen; 2) eine deutsche und böhmische Proclamation an das Volk zu erlassen, daß es keine Wahlen vornehme; 3) in Prag eine Volksversammlung zusammenzurufen, und diese zu einer energischen Protestation gegen die Vornahme der Wahlen in Prag zu vermögen; 4) endlich sich darüber mit dem slavischen Club in Kremsier ins Einvernehmen zu setzen. — So viel ich die Verhältnisse unseres Landes kenne, glaube ich, daß nur in einigen deutschen Wahlkreisen, wo eine größere Stadt einen überwiegenden Einfluß hat, die Wahlen vorgenommen werden, denn die Landbevölkerung, und auch die deutsche, hängt zu sehr an Prag und folgt in allem dem Beispiele der Hauptstadt. In gewissen Kreisen sprach man hier davon, nach Frankfurt zu wählen, aber es sind Männer, die entschieden radical und antiösterreichisch sind, und eine Majorität in Frankfurt nicht für Oesterreich, sondern für republikanische Bestrebungen im Auge haben. Man hat jedoch die Sache wieder fallen lassen. — In Ungarn soll man willens sein, dem Fürsten Windischgrätz die militärische, dem Ban Jellachich dagegen die politische Organisation des Landes anzuvertrauen. Die serbische Wojwodschafft und die vereinigten Königreiche sollen gänzlich von Ungarn getrennt werden, und in die Slowakei sollen nur anerkannt slavische Patrioten als Beamte kommen, keine Magyaren. Zur definitiven Regelung der Landesverhältnisse sollen Männer aus allen Nationen Ungarns zu einer Beratung berufen werden. — Der Lehrkörper der hiesigen Universität erhält Zuwachs, das Ministerium hat einen Dr. Grünwald zum Professor angestellt, er wird das bürgerliche Gesetzbuch böhmisch vortragen. Der Reichstagsabgeordnete Nebesky legt sein Mandat nieder, und wird als Docent die Philologie und griechische und lateinische Literatur, ebenfalls böhmisch, vortragen.

* **Berlin**, 24. Febr. Gestern Abend kamen die hier anwesenden Mitglieder der Oppositionspartei bei Mielenz zusammen; man bemerkte außer dem H. H. Waldeck, Anruh, d'Estier, Temme, Kobernus, v. Berg auch die noch Abends angekommenen H. H. Schneider (Schönebeck), Par, v. Kirchmann, Dito (Trier) u. s. w. Heute sind auch die H. H. Dr. Jacoby, v. Liffert, v. Lipski, Dr. Rupp u. A. eingetroffen. Die gestrige Versammlung der Opposition hat zu eigentlichen Beschlüssen nicht geführt; die alten Bekannten begrüßten sich und gesprächsweise äußerte man sich dahin, daß man noch sondiren wolle, ob es möglich sei, den Hrn. v. Anruh als Präsidenten durchzusetzen, event. will man für Grabow stimmen. Die Frage, ob man in den weißen Saal gehen solle oder nicht, wurde als eine offene behandelt, nur sehr wenige Mitglieder der Linken werden sich dort nicht einfinden. — Durch den Criminalcommissarius Hrn. Albrecht ist auf Befehl des commandirenden Generals die Reichhardt'sche Buchdruckerei geschlossen worden. Grund dazu war der Druck eines Gedichts an die zukünftigen Kammern, das zwar auf dem Titel den Namen Freiligraths trug, jedoch nicht von demselben herrührt.

Der wichtige Vertrag, wird der „Kölnischen Zeitung“ geschrieben, zwischen unserer und den anhaltinischen Regierungen, von dem wir gestern meldeten, beginnt bereits sehr lebhaft der Gegenstand diplomatischer Unterhandlungen zu werden. Das österreichische Cabinet hat nämlich gegenwärtig bereits Kunde von diesem Vertrage erhalten, und die folgenreichere Wichtigkeit desselben, und vor Allem der Umstand, daß man in Erfahrung gebracht hat, auch mit dem Kurfürstenthum Hessen und mit Braunschweig seien preußischerseits Unterhandlungen zu gleichem Zwecke ihrem Abschlusse nahe, hat seitens des österreichischen Hofes zu den allernäherliegenden Gegenstellungen Veranlassung gegeben. Man weiß hier bereits, daß sowohl nach Kassel wie nach Braunschweig ein österreichischer Vertrauensmann sich begeben hat, um wo möglich noch daselbst den Abschluß der Verhandlungen mit unserer Regierung zu hinterreiben. Gleichzeitig aber sind von Dlmüg aus auch dem Bernheim nach mit der bayerischen und württembergischen Re-

gierung Unterhandlungen eingeleitet, um den oben erwähnten Verträgen Preußens mit den erstgenannten Ländern wo möglich ein Paroli zu biegen.

Nach dem heutigen „Militär-Wochenblatte“ ist der Prinz Wilhelm Adalbert von Preußen königl. Hoheit zum ersten, der Generalmajor Bresse zum zweiten Curator der vereinigten Artillerie- und Ingenieurschule ernannt worden.

□ **Wofen**, 23. Februar. Man glaubt hier durchweg, daß ein auswärtiger Krieg vor der Thür sei, und man hält sich zu solcher Annahme durch die militärischen Vorbereitungen berechtigt, welche hier und in der ganzen Provinz gemacht werden, und weil Alles darauf hindeutet, daß das hier garnisonirende fünfte Armeecorps demnächst werde mobil gemacht werden. Alle Infanterie-Bataillone kommen nach und nach auf einige Wochen hierher, um sich, ohne Rücksicht auf die Witterung, von früh bis spät im Schießen mit den Jüdnabelgewehren zu üben; eben so thätig ist die Cavallerie, und an die Artillerie ist vor einigen Tagen der Befehl eingegangen, daß die sonst erst im Sommer statthabenden großen Schießübungen diesmal schon im März beginnen sollen. Man behauptet sogar, daß die Dobre zur Mobilmachung der Artillerie schon hier sei. Niemand freut sich über diese kriegerischen Bewegungen mehr, als mehrere Polen, die mit dem uneinigen Deutschland das so sehr gefürchtete Demarcationswerk wieder fallen zu sehen hoffen, und die von einem auswärtigen Kriege wiederum günstige Chancen für die politische Wiedergeburt ihres Vaterlandes erwarten. Seit einigen Wochen ist hier die gesammte polnische Jugend der Provinz versammelt, anscheinend, um dem Vergnügen nachzugehen, indem sie Bälle über Bälle geben und polnische Theatervorstellungen veranstalten, jedenfalls aber sind, wenigstens für die Eingeweihten, politische Zwecke damit verbunden, für deren Förderung sie unablässig thätig sind. Auffällig ist dabei, mit welcher Selbsterleugnung der Adel für die Verschmelzung der Stände sorgt, indem Handwerker und Bauern zu diesen Bällen eingeladen werden, die denn auch mit den Frauen und Töchtern der Magnaten unbeirrt die Nacht hindurch tanzen und schmausen. Wir leben hier zwar im Belagerungszustande, aber dieser wird so milde gehandhabt, daß allen diesen Associationen, sofern sie nur ein nicht-politisches Ausschüßbild wählen, durchaus kein Hinderniß in den Weg gelegt wird. — Die Nachrichten aus unserem Nachbarlande, dem Königreich Polen, lauten gleichfalls sehr kriegerisch, indem die dort stehenden russischen Streitkräfte noch bedeutend vermehrt werden, theils durch Artillerie aus Smolensk, theils durch die Hälfte der Petersburger Gardes, welche bereits auf dem Marsche nach Warschau begriffen sein sollen, und von denen das schöne donische Kosakenregiment bereits, wie man uns meldet, in Augustowo angekommen ist. Im Allgemeinen haben die russischen Truppen sich neuerdings wieder mehr unserer Grenze genähert, woraus wahrscheinlich das Gerücht einer nahe bevorstehenden Invasion derselben hervorgegangen ist; indessen ist ihre ganze Aufmerksamkeit wohl nur auf Krakau, Galizien und Ungarn gerichtet. Daß sie aber auch gegen uns jetzt nicht sehr freundlich gesinnt sei, erhellt aus der überstrengen Grenzsperrung, die nunmehr sogar jeden einzelnen Offizier am freundschaftlichen Besuch seiner Cameraden verhindert. Am meisten klagen unsere contrebändrischen Juden, welche die Sperrung noch nie so unüberwindlich gefunden haben und die sich mit den neuerdings eingetroffenen Grenzwachtern noch gar nicht verständigen können. — Die Angabe unseres Correspondenten bestätigend, schreibt man der „Köln. Ztg.“: Ein Reisender von hoher Glaubwürdigkeit versichert, daß ein Corps russischer Garde gegen die Weichsel im Anmarsche sei, und daß er selbst als Augenzeuge kurz vor seiner Rückkehr (Anfang d. M.) dem Durchmarsche dieses Corps durch Wilna beigewohnt habe. Da nun allerdings Rußland seine Gardes nicht zu Observationscorps an der Grenze zu verwenden pflegt, diese vielmehr erst bei ernstlichen Kriegsaussichten ihre Cantonirungen verlassen, so scheint es allerdings, daß der Kaiser seine bisherige Passivität aufzugeben beabsichtigt.

* **Koblenz**, 25. Febr. Die großen Uebungen der hier stehenden Artillerie, welche in früheren Jahren erst im Laufe des Sommers stattfinden, werden jetzt auf eingegangene höhere Weisung schon am 7. k. M. beginnen, indem die im vorigen Herbst eingetretenen Rekruten schleunigst vollkommen ausgebildet werden sollen.

□ **Bonn**, 23. Febr. In der heute in Siegburg für die Kreise Bonn und Sieg abgehaltenen Nachwahl (an Stelle des Staatsprocurators Schornbaum) hat die constitutionelle Partei den Sieg davon getragen, indem ihr Candidat, Herr Gustav Bleibren, Müttendörfer auf der Haardt, gewählt worden ist. Der Candidat der Gegenpartei war Dr. Gottschalk.

□ **München**, 25. Febr. Gestern, am Jahrestag der französischen Revolution, auch bei uns ein Arbeiterbanket! Wir freuen uns, melden zu können, daß der Abend und die Nacht ohne die geringste Ordnungsstörung vorübergegangen sind. Wir nahmen ausdrücklich Veranlassung, noch in sehr später Nachstunde mit mehreren Bekannten durch die Straßen der Altstadt zu wandern; aber höchstens traf man da und dort auf verspätete Kaffeehausgäste, die über die übertriebenen Vorsichtsmaßregeln des Stadcommandanten lächelten, oder von der unnötigen Furcht vor den Arbeitern plauderten; sonst waren nur Patrouillen und wieder Patrouillen zu Fuß und zu Pferd zu sehen. Es ist richtig oder voraussichtlich, daß Tausende sich in gleichem Sinne aussprechen und behaupten werden, die Behörden hätten auf das Arbeiterbanket einen viel zu großen Werth gelegt. Immerhin, wenn man nur zugleich aufhöret, die Behörden zu verleumden durch die Anschuldigung, als suchten sie selbst Zusammenstöße mit dem Volke herbeizuführen, um zum Belagerungszustande zu gelangen. Wer solche Waffenmittel anbietet, daß der geringste Excess wie der größte Ordnungsstörungsversuch augenblicklich mußte existirt werden können, dem darf man ohne Unverstand oder Böswilligkeit doch wahrhaftig nicht nachsagen, daß er Polizei-conspiratorien betreibe. Das Banket selbst nahm ruhig und in Ordnung seinen Anfang um 8 Uhr, und zwar im

Saale des Brauhauses zum Kreuz. Die Zahl der Teilnehmer hat man im voraus höchst übertrieben allgemein auf mindestens 1500 Arbeiter ohne die Gäste angegeben. Wir sind überzeugt, daß deren Zahl sich höchstens auf 700 mit Einschluß der eingeladenen Gäste belaufen hat. Studenten waren wenige da, bezüglichen nur einzelne Künstler, junge Kaufleute u. s. w. Militärs scheinen gar nicht anwesend gewesen zu sein, was wohl auch aus dem einfachen Grunde nicht gut der Fall sein konnte, da die ganze Garnison, die Stadtbeurlaubten nicht ausgenommen, schon in früher Stunde in die Kasernen conquiret worden war. Am meisten war verhältnißmäßig die Abgeordnetenkammer vertreten, nämlich durch Mitglieder der Linken. Wir haben dem Feste selbst nicht beigewohnt, wollen daher auch nicht berichten, was hinter den vier Wänden, welche die Bankgäste umschlossen haben, vorgefallen ist, obschon uns des Pikantes und hier zu Lande schier Ungehörten genug über ausgebrachte Toaste, gehaltenen Reden u. s. w. berichtet wird. Namentlich wird uns die Rede eines Mitgliedes der Linken als uralter geschildert. Außer dem Brauhause wurde die Stille der Nacht nur durch den Dienst der Patrouillen gestört, nirgends ist das Geringste vorgefallen, woraus auf obherrschende Gelüste nach Ruhestörungen geschlossen werden dürfte. — Ueber den gestern von dem Finanzminister eingebrachten Gesetzentwurf, die Deckung der Geldleistungen an die Centralgewalt betreffend, hört man von Seite der Kammermitglieder nur ein Urtheil. Selbst die Centren und ein Theil der Rechten wird auf Vertagung der Beratung desselben antragen bis zur Discussion der gesammten Budgetvorlagen.

Dresden, 24. Febr. Das Ministerium zeigt seinen Rücktritt durch folgende officielle „Erklärung“ in der „Leipziger Zeitung“ an:

„Aus beinahe allen Theilen des Landes sind uns bisher Vertrauenschriften und Auforderungen zugegangen, fernhin in unseren Aemtern zu bleiben. So dankbar wir auch dafür allen den Männern sind, die sich dabei betheiliget haben, so wenig konnten wir diesen Auforderungen entsprechen. Die Gründe dafür sind folgende: Zu verschiedenen Malen haben wir uns öffentlich dahin ausgesprochen, daß wir ohne die Unterstützung der Mehrheit der Kammer die Verwaltung nicht fortführen würden. Diese Unterstützung fehlte uns nach unserer Ansicht schon damals, als wir vor vier Wochen Sr. Majestät dem Könige den Wunsch, unserer Aemter entlassen zu werden, darlegten. Jeder noch mögliche Zweifel darüber ist seit dieser Zeit verschwunden. Fast in allen formellen und materiellen Fragen, sowohl von geringerer als von grundsätzlicher Bedeutung, haben beide Kammern theils einstimmig, theils gegen eine geringe Minderheit sich wider die Regierung entschieden. Unter diesen Umständen blieb uns, wenn wir nicht durch Auflösung der jetzigen Kammern Berufung an das Volk einlegen wollten, nichts übrig, als von unsern Aemtern zurückzutreten. Nach reiflicher Erwägung haben wir uns für das Letztere entschieden. Se. Majestät der König hat unseren Rücktritt genehmigt. Wir verlassen daher unseren bisherigen Wirkungskreis nach der Arbeit eines Jahres, das zu den inaktivsten in der Geschichte unseres Vaterlandes gerechnet werden wird. Die öffentliche Meinung wird über unsern Thun und Lassen richten. Wie aber auch ihr Urtheil ausfallen möge, wir sind uns bewußt, die Zusagen treulich erfüllt zu haben, die in unserem mit freudiger Zustimmung vom Volke angenommenen Programme vom 16. März 1848 niedergelegt sind. Dresden, 24. Febr. 1849. Dr. Braun. Dr. v. d. Pfordten. Robert Georgi. Oberländer. v. Buttlar.

Die Ernennung des neuen Cabinets wird amtlich angezeigt, wie folgt:

Dresden, 24. Febr. Se. Majestät haben die Staatsminister Dr. Braun, Dr. v. d. Pfordten, Georgi, Oberländer und v. Buttlar auf den von ihnen wiederholt ausgesprochenen Wunsch ihrer Function als Staatsminister entlassen und dem Oberappellationsrath Dr. Gustav Friedrich Held, neben dem Vorsitz im Gesamtministerium, das Departement der Justiz, sowie provisorisch die Leitung des Ministeriums des Cultus und öffentlichen Unterrichts, bezüglichen dem bevollmächtigten Minister am königlich preussische Hofe Friedrich Ferdinand Freiherrn v. Beust das Departement der auswärtigen Angelegenheiten, dem Geh. Finanzrath Karl Wolf von Ehrenstein das Finanzministerium, dem Geh. Regierungsrath Dr. Christian Albert Weinlig das Ministerium des Innern, unter Ernennung derselben zu Staatsministern, zu übertragen, auch auf dieselben den Auftrag in den evangelischen Angelegenheiten zu erteilen geruht. Wegen der Wiederbesetzung des Kriegsministeriums haben allerhöchst dieselben die Entschiedenheit sich anoch vorbehalten und angeordnet, daß der zeitliche Vorstand dieses Ministeriums die Geschäfte anoch fortführe, bis dessen Nachfolger eingetreten sein wird.

† **Hannover, 24. Febr.** Heute hat sich die zweite Kammer nach nur halbstündiger Sitzung bis zum nächsten Dienstage vertagt. Lang I. wünschte als Conferenzmitglied diese Vertagung, und auch Freudentheil hatte nichts Wesentliches dagegen zu erinnern. Der Generalsyndikus Buddenberg behielt sich vor, am Dienstag einen Antrag auf dreitägige Vertagung zu stellen. Es wurde demselben jedoch schon im Voraus auf das Entschiedenste widersprochen. Da in der Kammer fortwährend die Minister und Regierungskommissäre fehlen, so kann unter solchen Umständen über die vielen wichtigen Gesetzesvorlagen nicht verhandelt werden, wovon indessen die Kammer nicht die Verantwortlichkeit dem Lande gegenüber zu tragen hat.

Die Conferenz hinsichtlich der deutschen Grundrechte ist folgender Gestalt zusammengesetzt. In erster Kammer wurde zu derselben gewählt: Professor Briegleb (gegen die Grundrechte), Pastor Sander (gleichfalls). In zweiter Kammer wurde gewählt Lang I. (für die Grundrechte) und Freudentheil, für welchen bei Stimmgleichheit mit Lindenmann (Präsident der 2. Kammer) das Loos entschied. Freudentheil ist der wärmste Freund der Grundrechte. Dann nehmen an dieser Conferenz noch die Generalsyndikus beider Kammern Theil, von welchen Wachsmuth (Generalsyndikus 1. Kammer) für die Grundrechte, Buddenberg (Generalsyndikus 2. Kammer) gegen sie ist. Die Parteien sind mithin in der 1. Conferenz gleich stark vertreten. Die Mehrheit der 2. Kammer wird aber feststehen.

Die auch von dem Präsidenten der deutschen Nat. Verf. und den hannov. Abgeordneten in Frankfurt unterzeichnete, an Lang I. gerichtete Dankadresse, in welcher der Mehrheit unserer zweiten Kammer für ihr Benehmen in der deutschen Frage die entschiedenste Anerkennung gesollt wird, hat hier allgemeine Freude erregt. — Aus dem Lande läuft fortwährend eine Menge Petitionen bei den Kammern ein, die unbedingt Anerkennung der Grundrechte verlangen.

Der Abg. Lang sen. hat gestern unter anderen nachstehende Zuschrift erhalten:

„Hochgeehrte Herren und liebe Freunde! Mit der gespanntesten Erwartung haben wir aus der Ferne Ihre hochherzigen und durch keinerlei persönliche Rücksichten beeinträchtigten Anstrengungen für die gerechte Sache unsers deutschen Vaterlands beobachtet: mit begeisterter Freude können wir von dem glücklichen Ausgange des großen Kampfes. Durch Ihr Verdienst hat die zweite Kammer des hannoverschen Landtags den Ruhm durch den Glanz einer patriotischen That mitten unter den jetzt aller Orten wieder auftauchenden Bestrebungen und Hoffnungen des Particularismus die große Sache der deutschen Einheit wieder geklärt und unsere Aufgabe ihrer glücklichen Lösung näher gebracht zu haben. Wir glauben im Namen aller deutschen Männer zu sprechen, wenn wir Ihnen, hochverehrter Herr Lang und allen denen, welche Ihrem vorreiflichen Antrage durch Kraft der Rede und patriotische Abstimmung Gestalt und Sieg verschafft haben, mit diesen Worten ein Zeichen unseres Danks und Verehrung überreichen. Gott schütze fernere die deutsche Sache! Frankfurt, am 20. Febr. 1849. Simson, Präsident. Graenicher, Breunig, S. Zachariae, Weckend. Groß. Dröge. Behnd. Köben. Abrens. Lohmann. Nicol. Pfaff. A. Grumbrecht. Winter. G. Siemens. Dr. Quintus.“

Aus Hameln schreibt man der „Morgenzeitung“ in sehr aufgeregten Briefen über die Entrüstung, welche die Abstimmung ihres Abgeordneten, des Assessors Heise, dort erzeugt habe. Es würden Schritte geschahen, um der Welt Zeugniß zu geben, daß die Stadt sich in dem Votum ihres Abgeordneten nicht vertreten sehe. Hameln wisse sich frei von jedem Verrath an der deutschen Sache.

O Stuttgart, 23. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abg. kam der Antrag Wolfs vor, die Kammer möge die motivirten Abstimmungen als mit der Verfassungsurkunde und mit der Geschäftsordnung im Widerspruch stehend erklären, und der Antrag Forsters, welcher Einführung der freien Wahl der Wägen in der Kammer verlangte. Ueber beide Anträge wurde zur Tagesordnung übergeben beschlossen, zugleich aber auch der Wunsch ausgedrückt, daß der Mißbrauch, daß einzelne Mitglieder schriftliche, oft sehr ausführliche motivirte Abstimmungen ablesen, künftig unterbleiben möge. Forsters Antrag wird wohl bei der bevorstehenden Umgestaltung unserer Verfassungsverhältnisse seine Erledigung finden; für jetzt aber ist die Signatur, die Seeger ausführt, eine nicht bloß zufällig sanctionirte Form. Wie nämlich unsere Verfassung durch eine eigenthümliche Mischung von Ueberresten der alten, auf ständische Vertretung gebauten Verfassung mit Bestimmungen, denen der moderne constitutionelle Staatsbegriff zu Grunde liegt, sich auszeichnet, in welcher Beziehung z. B. an die Stellung des Geheimraths gegenüber von den verantwortlichen Ministerien, und an die Verwaltung der Staatsschuld durch die Stände zu erinnern ist, so tritt diese Mischung hauptsächlich in der Zusammensetzung der 2. Kammer nach 6 verschiedenen Klassen (Ritter, protest. Prälaten, kath. Geistliche, Universitätskanzler, Abgeordnete der 7 guten Städte, Abgeordnete der Oberamtsbezirke) hervor. Eben daraus aber läßt sich mit Grund ableiten, daß die besondere äußere Stellung dieser 6 verschiedenen Klassen durch die vorgeschriebene Sitzordnung als eine abschließliche, aus dem Grundcharakter des angenommenen Systems als folgerichtig sich ergebende aufgerafft werden muß. — Da wir bisher einen von Staatswegen mit Belehrung und Unterhaltung versehenen Kalender hatten, ein Staatsmonopol, dessen Verfalltheit an besten aus dem früher gesprochenen Worten des Abgeordneten Römer erblickt: wenn der Befehl, unterhaltend zu sein, von den Kanzleien ausgehe, dürfte man sich nicht wundern, wenn der Zweck verfehlt werde; so stellte Eisenlohr den Antrag, die Regierung wolle den bis zum Jahr 1850 incl. gehenden Pachtvertrag mit dem Kalender-Admodiatur kraft des Art. IV § 13 der Grundrechte für aufgehoben erklären. Staatsrath Duvernoy hob hervor, daß der astronomische Theil des Kalenders nicht wohl der freien Concurrenz überlassen werden könne, und daß die Regierung den Vertrag kraft des Reichsgesetzes nicht so fort als aufgehoben erklären dürfe, wozu überdies finanzielle Rücksichten mitwirken, auf welche ja diese Kammer selbst stets so großes Gewicht lege, daß sie schon wegen 60 fl. längere Verathungen gepflogen. Seegers Antrag auf Tagesordnung, in Erwägung, daß die Regierung in der allernächsten Zeit eine Vorlage über diesen Gegenstand bringen werde, wurde aber mit 34 gegen 30 Stimmen abgelehnt, und es erhielt bei dieser ersten Anwendung des Reichsgesetzes (welches übrigens von Manchen nicht im rechten Sinne als vis major bezeichnet wurde) die Ansicht Reyschers die Oberhand, daß durch § 13 das Kalendermonopol bereits seit dem 17. Januar aufgehoben sei, daß es sich jetzt nur noch um die Entschädigungsfrage handle, was Sache der Abfindung der Regierung mit dem Pächter sei, wobei allerdings in Betracht kommen werde, daß der Kalenderpacht kein pecuniarum turpe sei, wie der der öffentlichen Spielbanken. Der Ertrag des Kalenderpachts war bisher etwa jährl. 200 fl. — Unter den für das laufende Jahr angeonnenen 55,488 fl. für Entschädigungen sind 13,994 fl. für Kammersteuerberechtigungen, welche auf Ausgleichungen zwischen der Staatsverwaltung und Mitgliedern des vormals reichsunmittelbaren Adels beruhen, wodurch letzteren für einzelne, in Folge der Mediatisation ihnen entzogenen Revenuen Entschädigungen ausgemittelt wurden, ferner 35,043 fl. für Ungelds-Entschädigungen. Müller beantragte, diese Erigenz vorerst nicht zu willigen, bis von der staatsrechtlichen Commission die Ansprüche der betreffenden Familien näher untersucht wären; er wollte also den Proceß mit der Execution beginnen. Gegen diesen das Interesse des Staatscredits wie die Würde der Ständeversammlung gleich sehr bloßstellenden Weg zu Umgehung der Erfüllung bestehender Verbindlichkeiten erklärten sich Freih. v. Linden, Reyscher, Staatsrath Goppelt, und der Antrag, so wie er vorgebracht war, konnte auch keine Unterstutzung finden. Für Renten werden auf das Jahr 1848—49 75,233 fl. gefordert und genehmigt. Am Schluß bringt Staatsrath Goppelt einen Gesetzentwurf ein über Aufhebung der Stempelabgabe für politische Zeitschriften und Besteuerung des Einkommens aus Zeitungen und aus schriftstellerischem Erwerb.

Darmstadt, 24. Februar. Der Commissionsbericht der ersten Kammer über den Gesetzentwurf, die neue Zusammensetzung der beiden Kammern und die Vornahme der Wahlen betreffend, ist endlich im Druck erschienen und es dürfen aus diesem für die Entwicklung unserer öffentlichen Zustände hochwichtigen Actenstücke einige Mittheilung von

Interesse sein. Das neue heftige Wahlgesetz nimmt bekanntlich zwei Wahlkammern (eine von 50, eine von 25 Mitgliedern an), statuir directe Wahl und allgemeines Stimmrecht, will jedoch einen passiven Censur für die erste Kammer, und schafft das Urlobsrecht und die sogenannten Incompatibilitäten ab. Die zweite Kammer hat dieses Gesetz angenommen, jedoch den passiven Censur der ersten Kammer in einen activen (von 20 fl. directer Steuer) verwandelt und weiter beschlossen, daß Staatsdiener die Kosten ihrer Stellvertretung selbst tragen sollen. Der Bericht des Ausschusses der ersten Kammer, verfaßt von dem Herrn v. Breidenstein, einem Manne von entschieden aristokratischer Gesinnung, und unbrüchlicher, Achtung gebietender Charakterfestigkeit, erklärt sich zunächst damit einverstanden, daß aus der bisherigen ersten Kammer nicht nur die Standesvorrechte wegfallen, sondern auch damit, daß sie in eine vollständige Wahlkammer verwandelt wird. „Rein Mitglied derselben, heißt es in dem Berichte, hege wohl demalen den Wunsch, eine Geschäftsführung fortzusetzen, die zwar der Wohlfahrt des Staats, aber nicht dem Tendenzen der Neuzeit entsprechen könnte und darum stets theils falscher Deutung, theils feindseligem Angriff ausgesetzt, wenig zu wirken vermöchte. Der Bericht geht dann auf die Bestimmung einer ersten Kammer und führt aus, wie auch die zukünftige Verdrängungen ausgesetzt werde, wenn sie ihre Pflicht erfülle, und erklärt sich mit der directen Wahl einverstanden. Für die zweite Kammer wird dagegen ein activer Censur von 6 fl. vorgeschlagen; hinsichtlich der ersten Kammer verlangt der Bericht, daß der Wählbare entweder 200 fl. ordentliche directe Steuern entrichte, oder eine Besoldung von 1500 fl. besitze, oder ein Kapitalvermögen von 30,000 fl., oder eine Rente von 1500 fl. nachweise. Mit dem activen Censur von 20 fl. ist er einverstanden, befreit jedoch einen weitem Beschluß der zweiten Kammer, wonach in den Bezirken, in welchen keine 1000 Wähler vorhanden sind, die 20 fl. zahlen, die Zahl von 10.0 durch die zunächst höchst Besteuereten ergänzt werden soll und zieht dieser Bestimmung die Herabsetzung des Censur auf 15 fl. vor. Sodann erklärt sich der Bericht gegen den Vorschlag der Regierung, wonach dieses Wahlgesetz nur ein provisorisches sein soll, und fürchtet, daß hierdurch die nächste Ständerversammlung den Charakter einer constituirenden annehmen werde. Das größte Aufsehen wird wohl der von der ersten Kammer nicht erwartete Antrag auf Zustimmung zu den Beschlüssen der zweiten Kammer hinsichtlich der Staatsdiener in unserm Lande hervorbringen. Da nämlich dieser Beschluß thatsächlich eine Ausschließung der Staatsdiener, deren künftige Besoldungen es unumgänglich machten, die Stellvertretung zu bezahlen, enthielt, so zweifelte Niemand daran, daß dieses Princip in der ersten Kammer keinen Anklang finden werde, und eine Reihe von politischen Vereinen, die sonst mit der größten Schärfe gegen die erste Kammer auftraten, setzte diesmal ihre Hoffnung auf sie und petitionirte um Verwerfung des Beschlusses der zweiten Kammer. Der Ausschuss der ersten Kammer ist jedoch, und wie es scheint einstimmig, mit der zweiten einverstanden und beantragt nur eine geringe Modification. In allen übrigen Beziehungen werden voraussichtlich diese Commissionsanträge in der zweiten Kammer auf Widerstand stoßen, wenn auch zum Theil auf einen abgesehenen Widerstand. Namentlich würde die Mehrheit der zweiten Kammer gewiß recht gern den geringen activen Censur von 6 fl. (den auch Werner vorgeschlag) annehmen, wenn nicht der in der Mitte liegende Beschluß der Reichsversammlung ihr die moralische Verpflichtung aufgelegt hätte, uns mit dem vote universel zu beglücken. So aber wird denn zu dem Experiment geschritten werden müssen — quod deus bene vertat.

Aus Schleswig-Holstein, 21. Febr. Während alle Gemüther ruhig und ernst dem Momente entgegenharren, der etwas Entscheidendes über unsere Zukunft bringen soll, können die Dänen kaum den bald eintretenden Zeitpunkt der Lösung der schleswigholsteinischen Frage abwarten, ohne zuvor mit ihrem ultranationalen Patriotismus überzuschnappen und in eine neue vertragswidrige Haltung zu gerathen. Wahrscheinlich um eine Waffenübung vorzunehmen, versuchte es eine kleine Zahl dänischer Soldaten der Garnison auf Alsen, einen Ausfall auf die an der Grenze bei Sundewitt postirten schleswigholsteinischen Truppen zu machen und sollen sie sogar, da sie zwei Kanonen mitgeführt, ein Geschützfeuer unterhalten haben. Da diesseits nur eine kleine Patrouille, natürlich ohne Geschütz und sonstige Vorbereitungen zur erfolgreichen Gegenwehr, auf dem Plage war, so zog sie sich zurück und ließ ruhig das Pulver der Dänen verschießen, zumal es Niemanden gefährden konnte. Auf der bekannten düppeler Mühle auf Sundewitt haben sie noch zuvor, bevor sie abzogen, den Dannebrog aufgezogen, der indes bald von den herbeigekommenen verstärkten schleswigholsteinischen Jägern zertrümmert wurde. Solche Vorfälle bezeichnen hinlänglich das rücksichtslose Verfahren der Dänen Angesichts der augenblicklichen Unterhandlungen in London, um mit aller Gewalt einen Kampf aus dem Stegreif in den Herzogthümern zu improvisiren. Dies scheitert jedoch an der Besonnenheit der Anordnungen, welche unser Kriegsdepartement zur Bewachung der Grenzscheiden getroffen. Dieser Zwitterstand wird indes bald aufhören. — Die gemeinliche Regierung hat beschlossen, da die Insulte gegen die schleswigholsteinische Post kein Ende nehmen, und wenn die nöthige Sicherheit für den Postverkehr in Kolbing geboten werden soll, die Post nur bis Hadersleben gehen und daselbst von den Dänen abholen zu lassen. — Die Demoralisation nimmt auf der Insel Alsen von Tag zu Tag immer mehr überhand und den Deutschen wird die sonst so schöne Insel durch den dänischen Uebermuth bitter verleidet. Gegen die früheren Beamten des Herzogs von Augustenburg wird eine grausenhafte Despotie geübt und augenblicklich ist es ihnen sogar unterzagt worden, nach den Herzogthümern zu correspondiren. (D. Ref.)

Frankreich.

Paris, 24. Febr. Die „Patrie“ giebt folgende Schilderung der heute stattgefundenen Gedächtnißfeier der Februarrevolution: Heute Morgen um neun Uhr versammelten sich die Volks-

repräsentanten in dem Salon der Präsidentschaft. Um neun ein halb Uhr setzte sich die Versammlung in folgender Ordnung in Bewegung: Die Hüfiers, mit ihrem Chef an der Spitze, die Staatsboten, der Präsident, die sechs Vicepräsidenten, die Sekretäre, die drei Quästoren, darauf die Repräsentanten, sämmtlich mit Schärpe und Bandschleife geschmückt. Die Nationalgarde, einige Bataillone Infanterie, die republikanische Garde machten vom Palais der Nationalversammlung bis zur Madeleinekirche Spalier. Abtheilungen mobiler Gendarmen und der republikanischen Garde zu Fuß sorgten für die Ordnung und verhinderten eine Versperrung.

Als die Abgeordneten kaum die Kirche betreten hatten, langte der Präsident der Republik, begleitet von dem Vicepräsidenten Boulay (de la Meurthe), in seinem Wagen vor derselben an. Louis Napoleon trug die Uniform eines Generals der Nationalgarde mit dem großen Band und dem Stern der Ehrenlegion; der Vicepräsident war im einfachen schwarzen Kleid ohne irgend eine Auszeichnung. Eine Abtheilung Nationalgarde zu Pferde und Kürassiere begleiteten den Wagen. Auf dem ganzen Wege rief die Masse der Zuschauer zum östern: Es lebe Napoleon! Es lebe die Republik!

In dem Augenblicke, wo der Präsident ausstieg, um die Stufen, welche in die Kirche führen, zu betreten, versuchte ein ungestümer Haufe die Reihen der Nationalgarde, welche ihn zurückhielt, zu durchbrechen. Dies gab zu einer Verwirrung Anlaß.

Das Innere der Kirche war zum Theil schwarz ausgeschlagen; das Grabmal einfach aber ernst; die Stoffe, welche dasselbe bildeten, mit silbernen Sternen verziert. An den vier Ecken, hielten vier große Canabaler Rauchpfannen. Um den Katafalk gewahrte man einige Verwandte der im März Gestorbenen.

Der Feier wohnten sämmtliche gesetzliche Gewalten bei, außerdem auch die Academie und die Universität.

Um zehn Uhr begann der Gottesdienst, gehalten von dem Erzbischof von Paris; bei der Aufhebung der Hostie schlugen die Tambours Generalmarsch und Alles verneigte sich gläubig vor dem Bild des lebendigen Gottes.

Das Orchester und die Chöre der Concertgesellschaft des Conservatoriums executirten während des Seelenamts den Trauermarsch von Beethoven, den dies irae von Cherubini, Mozarts Lacrimosa und das erhabene de profundis. Nach den Trauergesängen folgte das Te Deum und die Hymne an die heilige Genovefa von Lesueur.

An der Julisäule und während des Gottesdienstes executirte ein Militärorchester Trauermärsche und Volkslieder.

Die Geistlichkeit, der voran das Kreuz getragen wurde, begleitete den Präsidenten der Republik an seinen Wagen. Die Mehrzahl der Schaulustigen, die an dem Gitter standen, entblöthte sich und von Allen Seiten hörte man rufen: Es lebe Napoleon! Es lebe die Republik!

Auch dem Präsident der Nationalversammlung Armand Marrast wurde von der Geistlichkeit bis an den Ausgang der Kirche das Geleit gegeben. Die Repräsentanten kehrten in das Gebäude der Nationalversammlung in derselben Ordnung wie sie gekommen waren zurück.

Nachdem die Minister und die Behörden die Kirche verlassen hatten, wurde dem Volke der Zutritt in die Kirche und der Anblick des Grabmales verweigert.

Der Tag ging in der größten Ordnung vorüber. Heute Abend werden die öffentlichen Gebäude illuminirt sein.

Gestern Abend stieg die 5pEt. Rente in der Passage der Oper auf 83. 40 und 60. Heute Morgen und Mittag wurden keine Geschäfte gemacht.

Großbritannien.

London, 23. Febr. Graf Colloredo ist der Königin vorgestellt worden. Seine Besuche im Foreigen-Office sind sehr häufig.

London, 23. Jan. Wie die „Times“ berichtet hat der Wiener Hof durch seinen Gesandten, den Grafen Colloredo, dem hiesigen Cabinet die Anzeige gemacht, daß er nicht Willens sei, auch den kleinsten Theil seiner landesherrlichen Rechte in den Provinzen der Lombardei und Venetien nach-

zulassen, und daß er gerüstet sei, diese Rechte mit der ganzen Macht des Reiches zu vertheidigen. Es sei der Wille des Kaisers Franz Joseph, in seinen italienischen Landen liberale und die nationale Wohlfahrt seiner Unterthanen südwärts der Alpen zu fördern geeignete Institutionen einzuführen. Aus Rücksicht für die Mächte, welche an der italienischen Angelegenheit lebendigen Antheil genommen haben, sei die österreichische Regierung vorbereitet, die Concessionen, welche sie zu machen geneigt sei, in Brüssel fundzugeben; aber da dies gänzlich eine innere Regierungsfrage zwischen dem Oberhaupt des Reiches und einem Theile seiner eigenen Besitzungen, so könne bei diesem Gegenstande auch keine fremde Vermittelung weder verlangt noch angenommen werden, und die in Rede stehende Vermittelung habe ebensowenig mit der Verfassung der Lombardei als mit der Unabhängigkeit derselben etwas zu thun. Der einzige Gegenstand, welcher in dieser Beziehung also noch übrig bleibe, bemerkt die „Times“, sei die Friedensunterhandlung zwischen Oesterreich und Sardinien. Könnte die Geschicklichkeit der Diplomaten einen solchen Frieden in Brüssel zu Stande bringen, so würden sie Europa einen Dienst erweisen; allein die größte Schwierigkeit, mit welcher sie zu kämpfen haben werden, rührt nicht von Oesterreich, sondern von Sardinien her, oder besser von der Revolutionspartei, welche das unglückliche Land nach außen dem Kriege, nach Innen der Revolution Preis gibt.

Nachricht.

München, 24. Febr. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten brachte der Staatsminister der Finanzen den Gesetzentwurf ein, welcher der Kammer die Bewilligung von 25 Procent der directen Steuern ansinnt, um damit die Reichslastenbeiträge decken zu können im Betrag von 1,700,000 Fr. für die Flotte, Vergütung der Nationalverwaltung der Reichstruppen, Tagelöhner der bayrischen Abgeordneten in Frankfurt, Kosten der Centralgewalt und Nationalversammlung. Der Entwurf ward sogleich an den Finanzausschuß verwiesen, dessen Vorstand Schüler ist. Dr. Müller stellte Anfragen wegen der angeblich von der preuss. Gesandtschaft eingereichten Verwahrung gegen einen Beschluß einer der beiden Kammern in Betreff der Oberhauptfrage und wegen des durch Berliner und Frankfurter Blätter verbreiteten Gerüchts, als hätte Bayern mit Oesterreich und Rußland sich verbunden. Graf Bray bezeichnete letzteres als Verleumdung und Lüge, während er in Bezug auf die erstere Anfrage zugab, daß die preussische Gesandtschaft gegenüber dem Beschluß der Kammer der Reichsräthe eine Note übergeben habe, welche in sehr gemäßigter Form sich verwehre, falls in dem in dem Beschlusse vorkommenden Worte Ehre etwas für den preussischen Namen Verlegendes liegen sollte. Graf Bray fügte bei, er werde kaum versichern dürfen, daß die ebenfalls von Frankfurt aus verbreitete Sage, als habe Bayern in Berlin von Aufkündigung des Zollvereins gesprochen, in das Gebiet der Erfindungen gehöre. (Beifall.) (A. 3.)

Turin, 20. Febr. In der Folge der Ausrufung der Republik in Florenz hat Karl Albert heute Nachmittag seinen Truppen Befehl gegeben, in Toscana einzuziehen. Das ganze Ministerium, mit Ausnahme Gioberti's, der in Allem den Ansichten des Königs folgt, hat hierauf seine Entlassung eingereicht.

Aus Rom vom 16. Febr. wird berichtet, daß Gioberti's jüngste Rede, die sich bekanntlich gegen das stürmische Vorschreiten in Rom und Toscana aussprach, großen Schrecken verbreitet und manche mit Neue über die rasche Republikanisirung erfüllt habe. Die Finanz- und Geldnoth war im Steigen. In Perugia hatte das Volk die Inquisition gestürmt und verheert. Es bestätigte sich, daß die Stadt Ferrara von den Oesterreichern wieder besetzt und ihr strenge Bedingungen auferlegt wurden, weil am 6. und 7. Februar österreichische Truppenabtheilungen vom Volk grüßlich insultirt, ein Offizier verwundet und mehrere Soldaten, die zum Menageeinkaufen in die Stadt gekommen, ermordet worden.

Börsenberichte.

Frankfurt, 26. Febr. Das bedeutende Steigen der Renten zu Paris am 23. d. M. ging durch den merkwürdigen Rückgang, den sämmtliche Fonds zu Wien in Hinsicht der russischen Intervention am 21. dort genommen, an heutiger Börse spurlos vorüber, vielmehr machte sich im Allgemeinen eine flauere Stimmung bemerkbar, und mit Ausnahme von 3pEt. inländ. Span, die ebenso wie an der Madrider Börse steigender Tendenz bleiben, stellten sich größtentheils alle übrigen Effecten sowohl wie Eisenbahnen niedriger im Cours als gestern. 5pEt. Metall. blieben 74 1/2, 2 1/2 pEt. do. 39 3/4 pEt., Wiener Bankactien 1177 B., 500 fl. Loose 125 1/2 pEt., 250 fl. Loose 28 3/4 fl. do. 50 fl. Loose 49 fl., Darmstädter 25 fl. Loose 22 1/2 fl., ditto 50 fl. Loose 70 fl., Nassauische 25 fl. Loose 20 3/4 fl., Poln. 500 fl. Loose 74 3/4 pEt. Von süddeutschen Obligationen waren 4 1/2 pEt. Württemb. 94 1/2 pEt., do. 3 1/2 pEt. 79 1/2, Badische 3 1/2 pEt. 78 1/2, do. 5pEt. v. Jahr 1848, 97 3/4 pEt. G., Nassauer 3 1/2 pEt. Obligationen 81 1/2 pEt., do. 5pEt. v. Jahr 1843, 99 3/4 pEt. Von belgischen Obligationen 2 1/2 pEt. belg. 43 1/2, do. 4 1/2 pEt. 84 1/2, do. 5pEt. 90 3/4 pEt. Holländ. 2 1/2 pEt. Integralen 50 pEt. Von Eisenbahnen schließt Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 36 3/4 pEt., Verbach 74 pEt., Köln-Minden 78 1/2 pEt., Taunus 237 fl. 3pEt. inländ. Span. anfangs zu 22 1/2 pEt. umgekehrt, bleiben am Schluss der Börse 22 1/2 à 22 3/4 pEt. Von Wechseln Wiener flauer 116 1/2, London 120 3/4, gemacht, Pariser 95 3/4 bezahlt, Bremen und Hamburg flauer, Berlin gesucht: 105 1/2, Leipzig 105 3/4, Amsterdam 100 3/4 à 100 3/4.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Mallen.

Bücher-Anzeige.

[522] Bei Florian Kupferberg in Mainz ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Ein Wort

des

Rechts und der Verständigung

in der

Schleswig'schen Frage.

8. Seiten 48.

Der Verfasser unternimmt den Beweis, daß eine Realunion zwischen Schleswig und Holstein niemals bestand, und insbesondere nicht auf die Privilegien von 1460, die man in dieser Beziehung falsch ausgelegt habe, gegründet werden könne, daß jedenfalls eine solche Union seit mehr als 100 Jahren aufgehört habe. Er fordert im Angesicht unbestreitbarer Thatsachen auf, den von ihm veruchten Beweis zu widerlegen. In einem zweiten Abschnitt wird die rechtliche Bedeutung der Garantien, welche Dänemark in Beziehung auf Schleswig erhielt, erörtert. Er will einen Frieden, der die Personalunion Dänemarks und Schleswigs erhalte; allein die Selbständigkeit des Herzogthums und die deutsche Nationalität in demselben sicherstelle.

[503] Ende d. M., spätestens am 1. März, erscheint in unserm Verlage die

„Constitutionelle Zeitung“

redigirt von Dr. Carl Weil.

Vierteljährlicher Abonnementspreis für Berlin 1 Thlr. 20 Sgr., auswärtig 2 Thlr.

Preis für die Zeit vom Erscheinen der ersten Nummer bis 1. April fünfzehn Silbergrößen, ohne Aufschlag.

Die Zeitung erscheint Abends, und wird die Kammerverhandlungen desselben Tages bereits mittheilen. Sie enthält auch ein Feuilleton, Handelsnachrichten u. s. w.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an. Ebenfalls durch dieselben sind Probenummern zu beziehen. Die Hauptexpedition am hiesigen Orte ist

Werderstraße 11 bei C. S. Jonas,

woselbst auch Inserate (à 1/2 Sgr. die Zeile) angenommen werden. C. S. Jonas und Weir u. Comp.

Hauptziehungen 5. und 6. Klasse

115. Frankfurter Lotterie

am 7. März und 31. März a. c.

Haupttreffer: fl. 211,000, 2 mal 100,000, 50,000 u. s. f. Ganze Loose zu 90 fl., 1/2 zu 45 fl., 1/3 zu 30 fl., 1/4 zu 22 fl. 30 kr. 1/5 zu 11 fl. 15 kr. empfiehlt

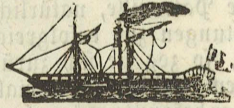
Carl Höchberg, Hauptcollecteur,

[407] Brückhofstraße in Frankfurt a. M.

Dampfschiffahrt für den Nieder- und Mittel-Rhein.

[530]

Düsseldorfer Gesellschaft.



Am 26. Februar 1849 beginnt die

tägliche Nachtfahrt von Cöln nach Coblenz, die directe Fahrt nach Holland und der Schnelldienst zwischen Cöln und Mainz.

Der Schnelldienst wird durch die Boote „Joseph Miller“ und „Elberfeld“ versehen. Beide mit beweglichen Schaufelrädern ausgerüstet, wodurch bei ausserordentlicher Schnelligkeit alle Erschütterung des Schiffes wegfällt.

Tägliche Abfahrten:

Von Mainz Morgens 5 Uhr nach Cöln und Düsseldorf in Cöln im Anschluss an den ersten Nachmittagszug nach Düsseldorf, Elberfeld u. Hamm. „Biebrich“ „5 1/4“ (Schnellboot) nach Cöln und Düsseldorf in Cöln im Anschluss an die letzten Züge nach Aachen und nach Minden (Berlin, Leipzig, Dresden, Bremen und Hamburg) Mont., Mitw., Donnerst. u. Samstag direct nach Arnheim (Amsterdam) u. Rotterdam Ankomst in Arnheim andern Morgen und in Rotterdam andern Nachmittag. Montag und Donnerstag direct in 3 Tagen bis London. Von Mainz Morgens 6 Uhr täglich nach Mannheim (Offenburg und Kehl-Strasburg.)

Nähere Auskunft über den Dienst der Dampfboote und der damit correspondirenden Eisenbahnzüge, sowie Billete von Frankfurt a. M. bis London (via Rotterdam, Antwerpen oder Ostende) sowie bis Kehl-Strasburg und Efringen-Basel.

bei dem Agenten Herrn Georg Krebs, Zeil, der Post gegenüber, Herrn Thomas Fletcher bei den Herren Gogel, Koch & Comp., Rossmarkt, und auf dem Expeditions-Bureau im Taunus-Eisenbahnhof.

Grosse Preisermässigung nach London:

Von Mainz oder Biebrich Salon Rthlr. 11. 14 Sgr., Vorcajüte Rthlr. 6. 17 Sgr.

Preis-Ermässigung.

[492] In ganzem Vorrathe habe ich übernommen und erlasse um den beibehaltenen Nettopreis:

Adelbert von Chamisso's Werke.

Octav-Ausgabe in 6 Bänden, mit Portrait, 2 Bildnissen, 2 Karten und 4 Radirungen zum Schlemihl von A. Schröder. Leipzig 1836-39. (Thlr. 7 1/2.)

Herabgef. Nettopreis: fl. 4. 40 Fr.

5r und 6r Band einzeln, auch unter dem Titel:

Leben und Briefe von A. v. Chamisso, nach seinem Tode herausgegeben von J. E. Hübner, 2 Bde. mit Bildniß. (Thlr. 2 1/2.)

Herabgef. Nettopreis fl. 1. 45 Fr.

Joseph Baer, Zeil 5, der Schäfergasse gegenüber.

[524] Pariser Tapeten von den billigsten bis zu den feinsten bedeutend unter den Fabrikpreisen bei

Otto Kolligs.

[519] Ein- und Verkauf von Obligationen, Staats-Lotterie-Lososen, Eisenbahn-Actien u. s. bei

Moriz J. Stiebel in Frankfurt a. M.

[526] Salami di Verona bei Milani-Minoprio, kleiner Hirschgraben 3.

Großh. Badische 35 fl. Loose,

Ziehung den 28. d. M.,

sind zum Tagescours zu erhalten bei

[480] J. N. Frier & Cie.

[525] Ein Landhaus

mit Garten, Remise, Stallung u. in einer der reizendsten Lagen des Neckarthaales, eine halbe Meile von Heidelberg, ist billig zu verkaufen oder zu vermieten. Näheres bei der Expedition.

[22] Edictal-Auktion.

Alle, welche aus irgend einem Rechtsgrunde an den Nachlaß des gewesenen hiesigen Bürgers, Dr. med. und practischen Arztes, sowie auch königl. preussischen Hofraths, Georg Friedrich Hoffmann, Erb- oder sonstige Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch vorgeladen, solche binnen zwei Monaten bei unterzeichnetem Gericht so gewiß anzuzeigen, als ansonsten dieser Nachlaß an den aufgetretenen auswärtig wohnenden Testamentsverwalter ohne einige Caution verabfolgt werden wird.

Frankfurt, den 22. Dec. 1848.

Stadt-Gericht.

Senator Dr. Gwinner, Director.

Dr. Esen, 1r Secr.

(Neßt Konversationsblatt und Beilage.)